

Brief aus Berlin

Markus Koob - Ihr Bundestagsabgeordneter für Hochtaunus/Oberlahn informiert...

März 2017

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

am vergangenen Wochenende haben sich die Staats- und Regierungschefs der bald wieder 27 EU-Staaten zum Jubiläumsgipfel anlässlich des 60. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge – der Geburtsstunde der heutigen Union – in Rom getroffen. Sie bekannten sich in der Römischen Erklärung zu einem sicheren, sozialen, wohlhabenden, nachhaltigen und stärkeren Europa. In der Erklärung heißt es zudem: *„Die EU steht vor nie dagewesenen Herausforderungen auf globaler und nationaler Ebene: regionalen Konflikten, Terrorismus, wachsendem Migrationsdruck, Protektionismus sowie sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten. Gemeinsam sind wir entschlossen, die Herausforderungen einer sich rasch wandelnden Welt anzugehen und unseren Bürgerinnen und Bürgern Sicherheit und neue Chancen zu bieten.“*

Angesichts derzeitig bestehender Probleme in einzelnen europäischen Staaten begrüße ich die Offenheit Fehler zu benennen und die Bereitschaft sie zu beheben. Vor allem die in der Erklärung festgehaltene Bereitschaft aller Staaten *„gemeinsam in dieselbe Richtung – wenn nötig mit unterschiedlicher Gangart und Intensität“* zu handeln ist meines Erachtens ein Erfolg für die Handlungsfähigkeit einer Union aus 27 Mitgliedsstaaten. Zeigen doch nicht zuletzt Ungarn, Polen oder das Vereinigte Königreich die Grenzen einer gemeinsamen Handlungsbereitschaft auf. Aus diesem Grund unterstütze ich die Bestrebungen unserer Bundeskanzlerin, das Europa der mehreren Geschwindigkeiten zu etablieren, damit das Blockadepotential einzelner Staaten sinkt und die Union bestehende Probleme nachhaltig lösen kann.

Als Mensch, der Krieg glücklicherweise nur aus dem Fernsehen und nicht von den europäischen Schlachtfeldern kennt, habe ich der Europäischen Union viel zu verdanken. Die EU ermöglicht mir



und meiner Generation in Frieden und Wohlstand zu leben. Dafür bin ich zutiefst dankbar. Deshalb bin ich – trotz einiger bestehender Herausforderungen – ein überzeugter Europäer und wünsche der EU sehr viele weitere runde Geburtstage.

Auch auf Bundesebene gab es in der letzten Woche Erfolge zu verzeichnen. In zweiter und dritter Lesung wurden das Gesetz zum Mutterschutz und das Gesetz zur Kinderbetreuung im Plenum des Deutschen Bundestages verabschiedet. Sie bringen den Familien in Deutschland große Vorteile. Lesen Sie die Details in diesem Brief aus Berlin.

In Zeiten des Bundestagswahlkampfes haben einige Personen die Angewohnheit alles in Deutschland schlechtzureden. Ich möchte einen kleinen Beitrag dazu leisten, das Deutschlandbild im Jahr 2017 geradezurücken.

Im Anhang meines Briefes befinden sich die Berichte einer Auszubildenden und eines Praktikanten in meinem Bundestagsbüro in Berlin.

Ich wünsche Ihnen eine angenehme und unterhaltsame Lektüre meines Briefes aus Berlin im März.

Herzliche Grüße

Ihr

Markus Koob



Blick auf die aktuellen politischen Themen

Kinderbetreuung • Mutterschutz • Deutschland 2017 • Koalitionsausschuss •
Auszubildendenbericht: Hermine Ngo Mboo • Praktikumsbericht: Timo Deller

Kindertagesbetreuung:

Der Bund schafft 100.000 zusätzliche Kitaplätze

Am Donnerstag hat der Deutsche Bundestag das Gesetz zum weiteren quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung in zweiter und dritter Lesung verabschiedet.

Mit dem Gesetz sollen 100.000 zusätzliche Betreuungsplätze in den Ländern geschaffen werden. Im Unterschied zu den bisherigen Investitionsprogrammen umfasst das neue Programm Betreuungsplätze auch für Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt. 1,126 Mrd. Euro sind von 2017 bis 2020 im Bundeshaushalt trotz fehlender Bundeskompetenz für den Ausbau vorgesehen.

Im selben Zeitraum stellen wir weitere 600 Millionen Euro für das Bundesprogramm „Sprachkitas“ zur Verfügung und verdoppeln damit die Anzahl der bestehenden Sprachkitas in Deutschland. Der Bund investiert nach derzeitigem Stand mindestens rund 1,3 Millionen Euro in mindestens 13 Kitas, die sich aus dem Wahlkreis (Hochtaunus/Oberlahn) im Interessenbekundungsverfahren des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durchsetzen konnten. Diese sind im Einzelnen:

- Städt. Kita Bahnhofstraße (Bad Homburg)
- Städt. Kita Hausmannspark (Bad Homburg)
- Kita Kirdorf (Bad Homburg)
- Städt. Kita Heuchelbach (Bad Homburg)
- Städt. Kita Engelsingasse
- Städt. Gartenfeld (Bad Homburg)
- Evang. Kita am Bonhoeffer-Haus (Bad Homburg)

- Caritas Tagesstätte für behinderte und nicht behinderte Kinder Bad Homburg (Bad Homburg)
- Städt. Kita Gonzenheim (Bad Homburg)
- Kinderkrippe Bärenhöhle (Beselich)
- Kita Eichwäldchen (Oberursel)
- Kindertagesstätte Weißkirchen (Oberursel)
- Kita Tausendfüßler (Usingen)

Mit den Fördermitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wird die alltagsintegrierte sprachliche Bildung in den Kitas weiterentwickelt. Dafür werden halbe Stellen für Fachkräfte in den Kitas bereitgestellt, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kitas darin unterstützt, sprachliche Kompetenzen der Kinder auszubauen und zu verbessern, da sie nachweislich einen erheblichen Einfluss auf den weiteren Bildungsweg und den Einstieg ins Erwerbsleben haben, vor allem wenn die Kinder aus bildungsferneren Milieus stammen. Außerdem sollen mit den Fördermitteln sowohl die inklusive Pädagogik als auch die Zusammenarbeit mit den Familien in den Kitas nachhaltig gestärkt werden.

Als Mitglied des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ist es mir seit jeher ein wichtiges Anliegen den Kindern im Hochtaunus, in Hessen und dem gesamten Bundesgebiet die bestmögliche Betreuung und Förderung zukommen zu lassen, auch damit berufstätige Eltern unbesorgt ihrer Arbeit nachgehen können. Ich freue mich daher, dass das Gesetz zum weiteren quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung verabschiedet wurde und rückwirkend zum 1.1.2017 in Kraft treten kann. Es ist ein Erfolg für die Kinder, ihre Eltern und nicht zuletzt für die Erzieherinnen und Erzieher in diesem Land. ■

Mutterschutz:

65 Jahre alter Mutterschutz erfolgreich reformiert

Die Familienpolitikerinnen und Familienpolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben sich gemäß dem Koalitionsvertrag mit der SPD auf eine Reform des Mutterschutzgesetzes geeinigt, um einerseits eine verantwortungsvolle Abwägung zwischen dem Gesundheitsschutz für eine schwangere oder stillende Frau und ihr (ungeborenes) Kind und der selbstbestimmten Entscheidung der Frau über ihre Erwerbstätigkeit andererseits sicherzustellen. Mit diesem Gesetz werden nun die Chancen der Frauen verbessert und ihre Rechte gestärkt, dem Beruf während Schwangerschaft und Stillzeit ohne Beeinträchtigung ihrer Gesundheit und der ihres Kindes weiter nachgehen zu können. Ich möchte Ihnen im Folgenden die wesentlichen Eckpunkte des neuen Gesetzes im Einzelnen vorstellen:

1. Erweiterung des Schutzbereiches auf arbeitnehmerähnliche Personen und auf Schülerinnen und Studentinnen (aber keine Ansprüche auf finanzielle Leistungen nach dem Mutterschutzgesetz).
2. Integration der Vorschriften der Verordnung zum Schutze der Mütter am Arbeitsplatz in das Mutterschutzgesetz.
3. Änderungen beim Verbot der Mehr-, Nacht- und Sonntagsarbeit:

Verbot der Nacharbeit in der Zeit zwischen 20 Uhr – 6 Uhr; Ausnahmen künftig nicht mehr ausschließlich branchenspezifisch in den ersten vier Schwangerschaftsmonaten bzw. Ausnahmegenehmigung der Aufsichtsbehörde, sondern in der Zeit von 20 bis 22 Uhr, wenn sich die Frau ausdrücklich bereit erklärt, aus ärztlicher Sicht nichts dagegen spricht und eine Alleinarbeit ausgeschlossen ist.

Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit künftig nicht in den im geltenden Gesetz genannten Branchen, sondern dann, wenn die Ausnahmen auch nach dem Arbeitszeitgesetz zugelassen sind, die Frau sich bereit erklärt und eine Alleinarbeit ausgeschlossen ist.
4. Verlängerung der Schutzfrist nach der Entbindung für Kinder mit Behinderung (wie bei Mehrlingen und Frühchen 12 Wochen statt 8 Wochen).
5. Freistellung für Stillpausen begrenzt auf die ersten zwölf Monate nach der Entbindung (bisher unbegrenzt).

6. Mutterschutzrechtlicher (absoluter, bis auf Ausnahmen im Einzelfall) Kündigungsschutz auch nach einer Fehlgeburt (Spätabort nach 12. Schwangerschaftswoche).

7. Einrichtung eines Ausschusses speziell für Mutterschutzfragen.



Foto: CDU Deutschlands/Dominik Butzmann

Durch dieses Gesetz werden einerseits die Gefährdungen einer modernen Arbeitswelt für schwangere und stillende Mütter und andererseits die mutterschutzrechtlichen Arbeitgeberpflichten besser konturiert werden. Die Reform des seit 65 Jahren unverändert bestehenden Gesetzes ist ein hervorragender Erfolg für die Mütter in Deutschland von morgen. Das Gesetz tritt am 01.01.2018 in Kraft. ■

Deutschland 2017:

Es geht Deutschland sehr gut

Es geht Deutschland, es geht den Deutschen gut. Das, was nach einem Wahlkampslogan klingt, soll nicht als ein solcher gedacht sein. Es ist die beste Beschreibung für das persönliche Gefühl vieler Menschen in diesem Land. Im Deutschlandtrend bewerteten 78 Prozent der Befragten ihre eigene wirtschaftliche Lage als gut. Nur 21 Prozent sahen dies anders. Auch ein vor uns liegender Wahlkampf sollte nicht dazu führen, dass zentrale Errungenschaften unseres Landes nieder- oder schlechtmacht werden.

Erst diese Woche gab der **Ifo-Geschäftsklimaindex** die gute wirtschaftliche Stimmung wieder. Die Geschäftslage stieg auf 119,3, so gut wie seit Mitte 2011 nicht mehr. Auch das Geschäftsklima als solches stieg mit 112,3 auf ein 5 Jahreshoch. Die Geschäftserwartung ist abwartend optimistisch bei 105,7. Grund für das gute Geschäftsklima ist und bleibt aller Voraussicht nach die anziehende Nachfrage.

Trotz aller Befürchtungen aus dem Ausland ist es eine positive Nachricht, dass Deutschland im Jahr

2016 beim Exportüberschuss wieder an China vorbeiziehen konnte. Die Exporte legten im vergangenen Jahr um 1,2 Prozent zu - auf den Höchstwert von mehr als 1,2 Billionen Euro. Auch die Einfuhren wuchsen um 0,6 Prozent und erreichten mit 954,6 Milliarden Euro einen Höchstwert. Der **Handelsüberschuss** betrug damit 252,9 Milliarden Euro. Da knapp 10 Millionen Arbeitsplätze in Deutschland direkt und indirekt vom Export abhängen, ist ein erfolgreicher Export ein hervorragender Jobmotor.



Foto: Markus Schwarze

Ganz nach dem Motto: „Wenn es der Wirtschaft gut geht, geht es auch den Menschen gut“, werden auch in diesem Jahr die Rentnerinnen und Renter an der guten konjunkturellen Lage Deutschlands partizipieren. Durch die gute Lohnentwicklung bei den abhängig Beschäftigten können die **Altersrenten** zum 1. Juli 2017 im Westen um 1,9 Prozent und im Osten um 3,6 Prozent heraufgesetzt werden.

Auch die Reallöhne in Deutschland stiegen – entgegen der Aussage von Martin Schulz – im vergangenen Jahr weiter. Der **Reallohnindex** ist im Jahr 2016 das dritte Mal in Folge stark gestiegen. Während der Reallohnindex um 1,8 Prozent zunahm, stiegen der Verbraucherindex im selben Zeitraum um 0,5 Prozent und der nominale Verdienst um 2,3 Prozent. Zudem setzt sich mit dieser positiven Entwicklung ein Trend fort, von dem vor allem Beschäftigte mit eher unterdurchschnittlichen Verdiensten überdurchschnittlich profitieren können. Hohe nominale Zuwächse des monatlichen Bruttoverdienstes können hierbei vor allem ungelernete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einer Steigerung von 3,1 Prozent, geringfügig Beschäftigte mit 3,6 Prozent, Teilzeitbeschäftigte mit 2,8 Prozent und Vollzeitbeschäftigte mit 2,2 Prozent verzeichnen.

Auch die Kommunen profitieren von der derzeitigen sehr guten Arbeitsmarktlage. Im vergangenen Jahr erzielten sie einen **Überschuss** von 5,4 Milliarden Euro – 2,2 Milliarden Euro mehr

als noch 2015. Auch der Bund erzielte mit 6,2 Milliarden Euro einen ähnlich großen Überschuss, die Länder sogar 8,8 Milliarden Euro. Die kommende Regierung wäre meiner Meinung nach gut beraten, würde sie einen Teil der Überschüsse an die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zurückgeben.

Ursache nahezu aller guten Wirtschaftsdaten in Deutschland ist die hervorragende **Beschäftigungslage**. 43,5 Millionen Menschen in Deutschland sind erwerbstätig – so viele wie nie zuvor. Im März ist die Arbeitslosenzahl auf 2,662 Millionen gesunken. Bei einer Arbeitslosenquote von nur 6,0 Prozent nähern wir uns in Deutschland der Vollbeschäftigung. Seit 2006 entstanden rund 2,7 Millionen ‚normale‘ Arbeitsplätze (über 20 Wochenstunden, unbefristet, sozialversicherungspflichtig und nicht als Leiharbeit). Laut dem Statistischen Bundesamt boomt das Normalarbeitsverhältnis. Die Befristungsquote ist mit 8,4 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den vergangenen zehn Jahren zudem nahezu konstant geblieben.

Die soziale **Ungleichheit** ist in Deutschland viel diskutiert, aber nicht in dem Maße vorhanden. Deutschland befindet sich bei der Einkommensungleichheit mit einem GINI-Koeffizienten von 0,29 nach wie vor unter dem OECD-Durchschnitt (0,32). Von insgesamt 35 Staaten sind die Einkommen in 21 OECD-Staaten ungleicher verteilt. Zwar hat die Ungleichheit in Deutschland zwischen 1997 und 2005 deutlich zugenommen, seitdem ist die Ungleichheit aber sowohl bei den Einkommen als auch bei den Vermögen leicht zurückgegangen.

Es geht mir mit diesem Beitrag nicht darum ein rosarotes Bild von Deutschland im Jahr 2017 zu malen. Ich möchte nur verdeutlichen, dass die Ausgangslage in Deutschland durch eine starke und robuste Wirtschaft, steigende Renten, solide Haushalte, eine hervorragende Beschäftigungslage, relativ gleich verteilte Einkommen, steigende Reallöhne und viele andere positive Attribute gekennzeichnet ist. Das ist vielleicht keine aufregende Neuigkeit, aber dennoch wahr und deshalb einmal herauszustellen. ■

Koalitionsausschuss:

Ergebnisse

Der womöglich letzte Koalitionsausschuss vor der Bundestagswahl im September, an dem sowohl die Partei- als auch die Fraktionsvorsitzenden und einige Bundesmi-

nister teilnahmen, hat in einer Marathonsitzung Einigungen bei wichtigen Themen für die letzten Monate bis zur Wahl erzielen können. Ich möchte Ihnen die elf Beschlüsse in kurzmöglichster Form darlegen:

1. Der **Einbruch** in eine dauerhaft genutzte Privatwohnung soll mit einer Mindeststrafe von einem Jahr bestraft werden. Hierzu gibt es keinen minder schweren Fall. In diesen Fällen soll eine Verkehrsdatenabfrage ermöglicht werden.
2. Bestätigung der Einigung der Bundestagsfraktionen zum Verbot von **Kinderehen** auf Basis des vom BMJV vorgelegten Gesetzentwurfes.
3. BMI und BMJV sollen kurzfristig in einem gemeinsamen Gesetzentwurf sicherstellen, dass missbräuchliche **Vaterschaftsanerkennungen** mit dem Ziel, aufenthaltsrechtliche Verbesserungen zu erreichen, verhindert werden.
4. Zur Aufdeckung von **Sozialleistungsbetrug** von Asylbewerbern sollen Sozialbehörden gesetzlich ermächtigt werden Zugang zum Kerndatensystem zu bekommen sowie einen Fingerabdruckscan zur Identitätsprüfung einzusetzen.
5. Im Einvernehmen zwischen dem AA und dem BMI wird die Härtefallklausel in § 22 Aufenthaltsgesetz („**Familiennachzug**“) in Einzelfällen unter besonderer Berücksichtigung der Kinderrechtskonvention genutzt.
6. Der Koalitionsausschuss beschließt ein nationales **Präventionsprogramm gegen islamistischen Extremismus**. Dafür sind in den Eckwerten für den Bundeshaushalt 2018 weitere 100 Mio. € vorgesehen.
7. Der Koalitionsausschuss beschließt bundesgesetzliche Regelungen zu Schutzkonzepten für **Frauen/ Kinder in Flüchtlingsunterkünften** sowie Steuerungsmöglichkeiten der Länder bezüglich der Kosten von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in die geplante Änderung des SGB VIII aufzunehmen.
8. Der Koalitionsausschuss verständigt sich auf Eckpunkte zur Anpassung **kindergeldrechtlicher Regelungen** für im EU-Ausland lebende Kinder von Personen, die in Deutschland beschäftigt sind. Die gesetzliche Umsetzung erfolgt, sobald die erforderlichen Voraussetzungen im EU-Recht geschaffen sind.
9. Der Koalitionsausschuss einigt sich darauf, für Rot-Kreuz-Schwester im **DRK-Gesetz** eine Ausnahme von der Höchstüberlassungsdauer nach dem AÜG zu verankern.
10. Der Koalitionsausschuss hat sich darauf verständigt, zeitnah eine Regelung zur Einführung einer Bildungs- und Wissenschaftsschranke im **Urheberrecht** zu beschließen.
11. Der Koalitionsausschuss bekräftigt den Beschluss der MPK vom 8.12.2016. Bei der Gründung der **Bundesfernstraßengesellschaft** wird es keine Versetzung von Beschäftigten gegen ihren Willen geben. Es wird keine Privatisierung der Bundesstraßen geben. Eine Übertragung von Altschulden auf die Gesellschaft wird nicht erfolgen. Die Beschaffung im Rahmen von ÖPP erfolgt nur auf der Ebene von Einzelprojekten.

Nachdem nach langem Zögern auch der Parteivorsitzende der SPD endlich eher dazu bereit war, politische Lösungsansätze im Interesse Deutschlands zu erarbeiten, als auf eine Party der SPD zu gehen, hätte man als Bürger mehr erwarten dürfen, als eine kompromisslose Blockadehaltung bei der Begrenzung von Managergehältern und dem Rückkehrrecht aus Teilzeit in Vollzeit. Ich finde, dass die Union mit dem Kompromissvorschlag die Managergehälter vorrangig transparent auf den Hauptversammlungen abstimmen zu lassen, als in den Hinterzimmern der Aufsichtsräte und Gewerkschaftler festzulegen, ein starkes Signal für eine offene Debatte in den jeweiligen Unternehmen. Auch der Vorschlag der Union in Unternehmen ab einer Belegschaftszahl von 200 Personen ein Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit einzuführen, ist meines Erachtens ein guter Kompromiss, der die Situation vieler Frauen in Deutschland nachhaltig verbessert hätte. Die SPD aber hatte andere Ziele. Erfolgreiche Sozialpolitik der Koalition könnte ja den eigenen Wahlkampf schwächen. Diese berechnende Arbeitsverweigerung geht auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger und lehne ich daher entschieden ab.

Die Union hat aber eigene Themenschwerpunkte erfolgreich setzen können. Nicht nur, dass wir Einbrecher künftig stärker bestrafen werden, auch der Kampf gegen Sozialbetrug erhält schärfere Waffen und wird intensiviert. Auch die Einführung eines nationalen Präventionsprogramms gegen islamistischen Extremismus, das bereits bestehende Extremismuspräventionsprogramme im Bereich des Islamismus unterstützen wird, und das Verbot von Kinderehen findet ausdrücklich die Zustimmung meiner Bundestagsfraktion.

Nach 6,5 Stunden Verhandlung für die Bürgerinnen und Bürger auf Seite der Union und größtenteils Blockade aus Wahlkampfgründen auf Seite der SPD, ist es aus Unionssicht ein normal erfolgreicher Koalitionsausschuss gewesen – vielleicht ja der letzte in diesem Jahr. ■

Auszubildendenbericht:

Hermine Flore Ngo Mboo

Im Rahmen meiner Ausbildung zur Kauffrau für Büromanagement im Bundesministerium der Finanzen bekam ich die Möglichkeit, im Büro von Markus Koob ein Praktikum im Bereich Assistenz und Sekretariat zu absolvieren. Ich bin im zweiten Ausbildungsjahr und es war für mich eine gute Gelegenheit, einmalige Einblicke hinter die Kulissen des politischen Alltags zu bekommen. Als ich am 09. Januar zum ersten Mal in der Dorotheenstraße ankam und das Jakob-Kaiser-Haus betrat, wusste ich nicht wirklich, was mich erwarten würde. Ich wurde am Eingang von Frau Schulz (Referentin für organisatorische Leitung und Planung), die mir direkt das Du anbot, was mir sofort ein bisschen Druck von dem Schultern nahm, herzlich begrüßt und abgeholt. Ria zeigte mir die „VIP-Lounge“ (so heißt das Büro), wo ich eine weitere Praktikantin, die seit einer Woche ihr Praktikum im Haus angefangen hatte, und nach und nach den Rest des Teams kennenlernte.



Als erstes habe ich mir in der Dienstaussweisstelle einen Praktikantenausweis für meine Zeit im Bundestag fertigen lassen. Es ist „Tradition“ im Büro, dass alle Praktikanten eine Schnitzeljagd machen, um die verschiedenen Liegenschaften (Jakob-Kaiser-Haus, Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, Paul-Löbe-Haus und Reichstagsgebäude) des Bundestages kennen zu lernen. Diese habe ich auch selbstverständlich machen müssen. Den 3-seitigen Zettel mit Fragen zu den Gebäuden habe ich systematisch bearbeitet. Dabei bin ich quer durch den Bundestag gelaufen auf der Suche nach verschiedenen Büros und Sitzungsräumen und habe mich so oft verlaufen, dass ich am Ende total fertig war. Zum Glück bin ich während meiner Suchen auf freundliche und hilfsbereite Mitarbeiter gestoßen, die mir geholfen haben. Meine „Jagd“ führte mich unter anderem zu der beeindruckenden

Bibliothek des Bundestages im MELH, zum Plenarbereich und sogar zum Büro der Bundeskanzlerin (nur von außen, aber trotzdem). Damit wurde erreicht, dass ich mich nach kurzer Zeit im Bundestag gut orientieren konnte. Des Weiteren haben ich und die Mitpraktikantin einen Fragebogen über die Geschichte Deutschlands/des Bundestags und die verschiedenen Liegenschaften für die zukünftigen Praktikanten erstellt. Wir bekamen außerdem die Aufgabe, Informationen (über die Geschichte, die Gemeinde, die Vorstände, die Sehenswürdigkeiten und die wichtigen Einrichtungen unter anderem) über jede Gemeinde im Wahlkreis zu recherchieren und einzeln in den dafür vorbereiteten Ordner zu sammeln.

Da meine erste Woche im Haus eine sitzungsfreie Woche war, habe ich die meiste Zeit im Büro gearbeitet. Ich habe mich mit den alltäglichen Büroarbeiten beschäftigt, zu denen unter anderem die Bearbeitung der täglichen Post, der Telefondienst und unterschiedliche Internetrecherchen gehörten. Nebenbei hatte ich unzählige Möglichkeiten, mich an Veranstaltungen, die Markus Koob selbst nicht wahrnehmen konnte, anzumelden. So nahmen wir beispielsweise an einem Parlamentarischen Abend des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes teil. Dabei war auch der Präsident des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Norbert Lammert, der eine Rede gehalten hat, anwesend. Ich bekam darüber hinaus das Privileg, bei mehreren Führungen mitzumachen. So habe ich den Bundesrat und das Berliner Abgeordnetenhaus, wo ich die Ehrenbürger der Stadt Berlin kennenlernte, besucht. An dem Tag fand eine Sitzung des Abgeordnetenhauses, die ich von der Besuchertribüne aus mitverfolgen durfte, statt. Außerdem wurden alle Praktikanten zum Rollenspiel "Plenarsitzung" im Deutschen Dom eingeladen. Dort ging es darum, im nachgebauten Plenarsaal auf den Abgeordnetensitzen Platz zu nehmen. Man hatte die Wahl, ob man in die simulierte Plenarsitzung als Abgeordneter mit Zwischenfragen oder Redebeiträgen aktiv eingreift oder nur als Zuschauer teilnehmen möchte. Dank dieser Führungen habe ich viel mehr über die Geschichte und die Entwicklung dieser Institutionen und politischen Einrichtungen gewonnen.

Erfahrungsreich war auch, dass wir in der Sitzungswoche Markus Koob bei den Ausschusssitzungen und den Arbeitsgruppen begleiten durften. Er ist ordentliches Mitglied im Finanzausschuss und im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales und im Petitionsausschuss. Weitere Einblicke konnte

ich in der Sitzungswoche bei dem Besuch der Plenarsitzungen erhalten. Das Verfolgen der Debatte sowie die Teilnahme an Ausschusssitzungen und an den Arbeitsgruppen haben einen großen Eindruck auf mich gemacht, weil ich zum ersten Mal so nah an den Politikern gesessen habe. Seien es die Gesetzentwürfe, als auch die Berichte, die in diesen Runden diskutiert wurden, die Themen waren immer unterschiedlich und höchst interessant. Interessant war es auch, den politischen Persönlichkeiten, die ich sonst nur im Fernsehen gesehen habe, so nahe zu sein.

Nebenbei haben wir auch Ausschuss- und Sitzungsmappen vorbereitet, sowie Geburtstagsbriefe und Recherchen zu aktuellen politischen Themen oder Besucher aus dem Wahlkreis von Markus Koob empfangen. Ferner haben wir von Herrn Dehn (Referent für den Ausschuss Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie Öffentlichkeitsarbeit), für uns „Johannes“, die Aufgabe bekommen, eine Übersicht mit Vorschlägen zur Verbesserung des Wahlkreisportraits von Markus Koob auf seiner Homepage zu erstellen. Ein letztes Highlight meiner Zeit im Bundestag war der Beginn des Praktikantenprogrammes. Dieses umfasst verschiedene Veranstaltungen sowie Führungen in unterschiedlichen politischen Institutionen, an denen alle Praktikanten des Bundestages sich anmelden konnten. Wir bekamen so die Möglichkeit, Politiker, wie dem Bundesfinanzminister, Dr. Wolfgang Schäuble, in einer Diskussionsrunde zu treffen und alle möglichen Fragen zu stellen und konnten auch an Fernsehshows, wie dem ZDF Morgenmagazin, teilnehmen. Da mein Praktikum fast zu Ende war, konnte ich nicht an allen Veranstaltungen teilnehmen. Aber die meisten Einblicke habe ich trotzdem mitbekommen.

Während meiner vier Wochen im Bundestagsbüro von Markus Koob habe ich also live erleben können, wie politische Entscheidungen getroffen und diskutiert werden. Ich habe außerdem mitbekommen, wie ein Bundestagsabgeordneter seine Arbeitstage gestaltet. Besonders gefallen haben mir an unserem Büro die gute Stimmung und das tolle Miteinander innerhalb des Teams. Mir wurde die Freiheit gelassen, unzählige Einblicke in den Deutschen Bundestag zu bekommen. Ich konnte entscheiden, welche Veranstaltungen ich wann besuchen wollte und wenn keine Sitzungswoche oder Veranstaltung stattfand, war ich trotzdem immer beschäftigt. Für das alles bedanke ich mich ganz herzlich bei Markus und seinem Team, Ria, Jonny, Johannes und Armin, mich so freundlich und warm aufgenommen zu

haben, dass ich mich während dieser Zeit als Bestandteil des Teams gefühlt habe. Ich kann mir kein besseres Büro vorstellen. ■

Praktikum:

Timo Deller

Einer meiner letzten Praktikumstage neigt sich dem Ende zu, ich lehne mich noch einmal in meinem Bürosessel zurück, schaue aus dem durch die warmen, rotgelben Farben der untergehenden Wintersonne gefüllten Fenster direkt auf Tiergarten, Siegessäule, Kanzleramt und Reichstag und freue mich, in einem von der Aussicht und Atmosphäre her wohl schönsten und angenehmsten Büros meine letzten Wochen verbracht haben zu können.

Mit all den während meiner Praktikumszeit gemachten Erfahrungen und geführten Gespräche könnte ich euch jetzt wahrscheinlich ein hundertseitiges Buch schreiben, aber das würde den hier vorgesehenen Rahmen eines Praktikumsberichtes doch ein wenig sprengen. Deswegen könnt ihr, falls es nach dem Lesen noch zu Fragen kommen sollte, mich gerne anschreiben und nachhaken (xtimodex@gmail.com).

Das, was ich während meiner Zeit hier gemacht habe, werde ich euch ganz knapp zusammenfassen und dann aber noch ein genaueres Augenmerk auf das werfen, was ich für mich persönlich mitnehmen konnte.



Meine erste Woche bestand aus einigen organisatorischen Dingen, z.B. der Ausstellung eines Hausausweises, einer Schnitzeljagd durch den Reichstag und die umliegenden Gebäude, ein Quiz über Deutschland und die Demokratie, Bürgerschriften beantworten, Post empfangen und bearbeiten, die Mappen für Familien- und Finanzausschuss vorbe-

reiten, und einer gewissen Eingewöhnung an die gesamte Atmosphäre und Berlin als faszinierende Stadt. Die zweite Woche war meine einzige Sitzungswoche und war gefüllt mit dem Jour Fixe (das ist die Lagebesprechung im Büro), der Familien- und Finanz-AG, dem Familien- und Finanzausschuss, dem Untersuchungsausschuss, der die Abgasaffäre behandelt, Plenarsitzungen, Abendveranstaltungen wie z.B. Diskussionsrunden oder einer Veranstaltung in der Hessischen Landesvertretung, Recherchetätigkeiten zu bestimmten Gesetzentwürfen, einem netten gemeinsamen Abendessen mit dem gesamten Büro und den üblichen Sachen, die im Büro anfallen wie z.B. die schon oben erwähnte Postbearbeitung. Die anschließenden zwei Wochen waren jeweils Nicht-Sitzungswochen, was mir die Möglichkeit gab an den verschiedenen Programmpunkten des CDU/CSU-Praktikantenprogramms teilzunehmen. Zu diesen zählten in den zwei Wochen eine Diskussionsrunde mit Herrn Dr. Wolfgang Schäuble, MdB und Finanzminister, einer Teilnahme an dem ZDF-Morgenmagazin, einer Besichtigung und Führung durch das Kanzleramt, ein Vortrag mit anschließendem Gespräch mit Herrn Matthias Freundlieb, Leiter der Gruppe 11 im Bundeskanzleramt, einer Führung durch das Abgeordnetenhaus Berlin und den Reichstag und auch eine lebhaft Diskussionsrunde mit Herrn Dr. Andreas Feser, der sich mit den Untersuchungsausschüssen und Enquete-Kommissionen auseinandersetzt. Neben diesen ziemlich interessanten Aktivitäten beschäftigte ich mich im Büro unter anderem auch mit dem akquirieren von Hintergrundinformationen zu Fragen im Aufgabenbereich von Herrn Koob, z.B. einem Referentenentwurf zu einer Gesetzesänderung, der sowohl den Finanz- als auch den Familienausschuss betraf.

Was ich aus all dem nun gewonnen habe sind vor allem Zwei Erkenntnisse:

Damit alles in der Bundesrepublik Deutschland und all ihren staatlichen Institutionen richtig funktioniert, wird sehr viel mehr getan, als man das beim ersten oder auch beim zweiten Hinschauen zu erfassen vermag. So ist jede Sitzung, jede Debatte, jede Rede, jedes Interview und jeder offizielle Brief oder jedes offizielle Statement detailliert vor- und nachbereitet. Es herrscht eine ständige Kommunikation zwischen den verschiedenen Parteien oder Interessengruppen, zwischen Exekutive und Legislative und es wird mit Hilfe aller kleinen Zahnradchen des Systems versucht, den besten Kompromiss, den besten Lösungsansatz zu finden und dann auch zu verwirklichen. Von außen erschien mir der Prozess vor meinem Praktikum ein wenig langwierig und zu bürokratisch. Sobald man jedoch hinter die Kulissen schaut, versteht man, dass auch das kleinste Detail,

das ein einzelnes Wort und dessen Konnotation sein mag, zentral wichtig sein kann bei der späteren Wirkung eines Gesetzes. So weiß ich es nun sehr zu schätzen eine gewisse Nähe zum Gesetzgebungsprozess in Deutschland entwickelt zu haben und kann jedem deshalb einen solchen Einblick empfehlen.

Eine weitere Sache, die ich während meiner Zeit gelernt habe, ist, dass man sich nicht in der noch allzu ferneren Zukunft verlieren darf. Natürlich ist es wichtig, sich Gedanken über die Konsequenzen der eigenen Entscheidungen zu machen und auch einen Blick auf das zu werfen, was es wahrscheinlich mit sich bringen wird. Aber genau das ist auch wieder der Knackpunkt. Es handelt sich hierbei nur um ein mögliches Outcome, neben dem noch sehr viele weitere stehen. Man sollte also zunächst den nächsten kleinen Schritt in die richtige Richtung machen und auf diesem aufbauen. Es bringt nichts, mit dem Bau einer Spitze zu beginnen, ohne dass man überhaupt ein sicheres Fundament errichtet hat. Und auch wenn Schäden in diesem entstehen sollten, besteht die Kunst darin, diese auszubessern und mit sicherem Schritt weiterzugehen. Je schneller man also jeden einzelnen kleinen Schritt geht und diese zusammenbaut, desto schneller und auch sicherer kann man sich seinem eigentlichen Ziel nähern. Auch die kleinsten Schritte dürfen nicht vernachlässigt werden, was man bei der diesjährigen Oscar-Preisverleihung (großer Film-Fan, deswegen dieses Beispiel) auch mitbekommen hat.

Als letztes darf ich mich noch bei allen bedanken, die meine Praktikumszeit so angenehmen und erlebnisreich gemacht haben. Ganz herzlich danke ich dem Abgeordneten Herrn Koob und seinem gesamten Büro. Vielen Dank Jonny, Ria, Johannes und Armin! Ich hatte eine sehr schöne Zeit und möchte mich auch für die offenen und anregenden gemeinsamen Gespräche und Diskussionen bedanken! Außerdem möchte ich Hermine und Leopold danken, die während meiner Zeit als Auszubildende und Praktikant vor Ort waren. Ohne eure Einführung in die Gebäude hätte ich meine Wege wohl nicht so schnell finden können und auch die Hilfe bezüglich der Büroabläufe hat mir das Arbeiten um einiges erleichtert. Man sieht sich immer zweimal im Leben und darauf freue ich mich schon jetzt. Alles Gute und vielen Dank! ■

Impressum und Kontakt

Markus Koob MdB
Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
Tel 030-227-75549 • Fax 030-227-76549
markus.koob@bundestag.de